

Förderung und Herstellung von Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern in Wissenschaft und Forschung

Support für Rechtsgutachten zur Geschlechtergerechten Amtssprache

09.02.2022 -

**Supporten Sie das Gutachten auf unseren Social Media-
Kanälen:**

Instagram (<https://www.instagram.com/p/CZtgzbyuif/>) | **Facebook**
(https://www.facebook.com/Fempowersachsen_anhalt-111423354506153) | **Twitter**
(<https://twitter.com/FempowerLSA>)



Wir unterstützen die Initiative der Bundeskonferenz der
Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen
(bukof) zur Verbreitung und Unterstützung des
**Rechtsgutachtens zur Geschlechtergerechten
Amtssprache von Professorin Ulrike Lembke.**

Im Dezember 2021 hat Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Ulrike Lembke
(Humboldt Universität Berlin) im Auftrag der Stadt Hannover
ein **Rechtsgutachten zur Geschlechtergerechten Amtssprache** erstellt. Die
juristische Expertise gibt eine Einschätzung der Rechtswirksamkeit von
Handlungsformen der Verwaltung bei Verwendung des Gendersterns oder von
geschlechtsumfassenden Formulierungen.

Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Lembke kommt in ihrem Gutachten zu dem Ergebnis, dass die
Verwendung geschlechtergerechter Sprache inklusive des Gendersterns keinen
(negativen) Einfluss auf Wirksamkeit oder Verbindlichkeit von Verwaltungshandeln
entfalten kann, sondern umgekehrt dessen Verfassungskonformität erhöht. Das
Gutachten ist wegweisend und sehr hilfreich – auch für die Arbeit von
Gleichstellungsakteur*innen an Hochschulen. Wir möchten es Euch/Ihnen zur
Lektüre und Verwendung empfehlen.

Konservativ-rechte Stimmen, insbesondere auf den verschiedenen Social-Media-
Kanälen, greifen Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Ulrike Lembke massiv an. Sie versuchen die Autorin
und die Inhalte ihres Gutachtens zu demontieren. Eine Verbreitung des
Gutachtens und wertschätzende (öffentliche) Stimmen zu der Arbeit von Prof.ⁱⁿ
Dr.ⁱⁿ Lembke sind deswegen insbesondere von gleichstellungs- und
hochschulpolitischer Seite sehr willkommen. (Infomail der bukof vom 3. Februar
2022)

› **Vollständiges Gutachten und Pressemitteilung der Stadt Hannover**
(<https://www.hannover.de/Service/Presse-Medien/Landeshauptstadt-Hannover/Aktuelle-Meldungen-und-Veranstaltungen/Gutachten-best%C3%A4tigt-Genderstar-verwirklicht-Verfassungsauftrag>)

› **Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse des Gutachtens**
(<https://www.rewi.hu-berlin.de/de/fi/is/lbk/gutachten-genderstar>)

Warum ein Rechtsgutachten?

Vor knapp drei Jahren hat die Stadt Hannover in der Verwaltung die geschlechtsneutrale Sprache eingeführt. Die Stadt hatte infolge mehrfacher Kritik und Zweifel an der Gültigkeit geschlechtsneutraler Amtssprache verschiedener Seiten das Gutachten bei Prof.in Ulrike Lembke beauftragt.

Wieso gendergerechte Sprache?

- Sprache bildet Realität und schafft Bewusstsein
- Spricht Menschen mit unterschiedlichen Geschlechteridentitäten an
- Hilft bei der Entwicklung von inklusiven Systemen
- Weist auf die rechtliche Ungleichheit hin, wenn nur eine Geschlechterkategorie als verbindlich angesehen wird
- Administration der Sprache trägt zur Reflexion bei

Das Ergebnis des Gutachtens - in Kürze

Die Verwendung geschlechtergerechter Sprache im Sinne des Gendersterns hat keinen negativen Einfluss auf Wirksamkeit oder Verbindlichkeit von Verwaltungshandeln, sondern im Gegenteil dessen Verlässlichkeitsformel erhöht.

Was steht im Gutachten? - die lange Version

- Geschlechtergerechte Sprache bedeutet nicht die wahllose Einfügung von Gendersternen, sondern einen Wandel staatlichen Sprachhandelns hin zu Verständlichkeit, Zugänglichkeit und Inklusion
- Rechtschreibregeln haben eine reine Ordnungsfunktion, während die Regeln zu geschlechtergerechter Amtssprache der Konkretisierung von Grundrechten und der Aktualisierung der Gesetzesbindung der Verwaltung dienen

Was steht im Gutachten?

- Gleichstellungsgesetze des Bundes und der Länder verpflichten seit 30 Jahren rechtsetzende Instanzen, Behörden usw. zu sprachlicher Gleichbehandlung
- In Deutschland sind weitere Geschlechter, jenseits von weiblich & männlich, verfassungsrechtlich anerkannt. Die Regeln zur sprachlichen Gleichbehandlung sind daher zu Regeln für eine geschlechtergerechte Amts- und Rechtssprache weiterzuentwickeln
- Linguistische Studien belegen Benachteiligung von Frauen durch die Verwendung des pseudo-generischen Maskulinums

Was steht im Gutachten?

- Geschlechtergerechte Amts- und Rechtssprache dient der Verfassungskonformität hoheitlichen Sprachhandelns
- Ihre Verwendung respektiert den personalen Achtungsanspruch aller bislang fehlerhaft oder gar nicht adressierten Rechtsunterworfenen wie Frauen, Trans*, Inter* und non-binären Personen
- Die Verpflichtung zur Verwendung geschlechtergerechter Amtssprache beeinträchtigt weder Meinungsfreiheit noch Persönlichkeitsrecht der amtsausübenden Personen

Supporten Sie das Rechtsgutachten auf unseren Social-Media-Kanälen:

Instagram (<https://www.instagram.com/p/CZtgzbyuist/>) | Facebook

(https://www.facebook.com/Fempowersachsen_anhalt-111423354506153) | Twitter

(<https://twitter.com/FempowerLSA>)

FEM
POWER
Netzwerk



› Webs
eite
Netzwe
rk

Genderca
Sachsen-
Anhalt

ge...

› Webs
eite

Social
Media

Instagr
am
Faceb
ook